

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

10.5.1868 (No. 111)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 10. Mai.

N. 111.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 6. d. Mts. wurde dem Generalmajor Adolph Freiherrn von Weiler, Garnisonkommandant in Kehl, die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis erteilt, das ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehene Kommandeurkreuz des Leopold-Ordens anzunehmen und zu tragen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Mai d. J. gnädigst geruht, den Bezirksförster Schrödel von Odenheim auf die Bezirksforste Steinbach zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Wien, 8. Mai. Das „N. Fremd-Bl.“ erfährt aus Pariser Kreisen: Angesichts der Vertagung des Reichsraths werde man nur das Defizit von 1868 decken, und zwar wahrscheinlich durch eine Woproz. Couponsteuer, und die definitive Lösung der Finanzfrage einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. In kirchlichen Kreisen geht das Gerücht, der ehemalige Justizminister Hye soll nach Rom gehen, um die dortigen Verhandlungen fortzusetzen.

Wien, 8. Mai. Der Berichterstatter der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses hat den mit dem Zollverein abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrag zur Annahme empfohlen. Es ist zweifellos, daß die Kommission diesen Antrag sich aneignet.

### Deutschland.

Karlsruhe, 9. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 33 enthält:

1. Allerhöchstlandesherrliche Verordnung, die Festsetzung der Rekrutenquote aus der Altersklasse von 1848 betreffend. Dieselbe enthält folgende Bestimmungen: § 1. Die zur Ergänzung der Linie erforderliche Zahl der auszubehenden Rekruten aus der Altersklasse von 1848 wird in Gemäßheit des Gesetzes vom 12. Febr. d. J. auf 4700 Mann festgesetzt.

§ 2. Die in § 1 festgesetzte Zahl der auszubehenden Rekruten ist von dem Ministerium des Innern nach § 41 des Wehrgesetzes vom 12. Febr. d. J. auf die einzelnen Aushebungsbezirke zu vertheilen und die Vertheilung durch das Regierungsblatt bekannt zu machen; das Kriegsministerium aber hat sich am Schluß des Jahres 1869 über die Verwendung der Mannschaft dem Großh. Staatsministerium auszuweisen.

§ 3. Die Großh. Ministerien des Kriegs und des Innern sind mit dem weiteren Vollzug der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des Großh. Ministeriums des Innern: a) Den Vollzug des Wehrgesetzes, hier die Konstituierung der Prüfungskommission für Freiwillige auf ein Jahr betreffend. Darnach wird die Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern vom 18. März d. J. dahin ergänzt, daß von dem Großh. Kriegsministerium Hauptmann Gehbel von Harrant als Stellvertreter eines der unter Ziffer 2 genannten militärischen Mitglieder im Fall der Verhinderung ernannt wurde. b) Die Staatsprüfung der Kandidaten der Gesamtheitkunde betreffend. Darnach wurden von sieben Kandidaten der Gesamtheitkunde, welche sich bei der jüngsten Prüfungsprüfung eingefunden haben, Nachbenannte von dem Großh. Obermedizinalrath zur Ausübung dieses Berufes für befähigt erklärt: F. Neumann von Etzold, R. Herth von Buchen, S. Schweizer von Freiburg, Dr. Th. Eimer von Donaueschingen, J. Abr. Merz von Schiltach, A. Stern von Billingen. 2) Bekanntmachungen des Großh. Handelsministeriums: a) Die Prüfung der Postaspiranten betreffend. Bereits mitgeteilt. b) Die Organisation des Post-, Eisenbahn- und Telegraphendienstes im Bezirk des neu errichteten Post- und Eisenbahn-Amtes Lauda betreffend. Darnach hat dieses Post- und Eisenbahn-Amt mit dem 15. Mai d. J. in Wirksamkeit zu treten, wogegen gleichzeitig die in Lauda bisher bestandene Post- und Eisenbahn-Expedition aufgehoben wird.

III. Diensterledigung. Durch die Ernennung des Gerichtsnotars und Notars Diez in Philippsburg zum Amtmann in Mannheim ist dessen bisherige Stelle erledigt und wieder zu besetzen.

Stuttgart, 9. Mai. Der „Schwäb. Merkur“ bringt heute einen den vorgestrigen Zollparlament-Beschluß betreffenden Leitartikel, der in seinem wesentlichen Theile lautet: „Den Kern der Mehrheit, durch welche in der mit so großer Spannung erwarteten Parlamentssitzung vom 7. Mai die Adresse verworfen wurde, bilden zwei Fraktionen, welche der Zahl nach die stärksten im Parlament sind: die konservative und die süddeutsche, sog. föderalistische. Jede dieser Fraktionen zählt etwa 60 Mitglieder; es braucht demgemäß nur eine gehörige Anzahl Solcher, denen es gleichfalls

nicht um die Adresse, ja nicht einmal ernstlich um motivirte Tagesordnung zu thun war, so die preussische Fortschrittspartei, sich der schon vorhandenen Koalition anzuschließen, um durch Herbeiführung der einfachen Tagesordnung die Adresse von der Schwelle des Parlaments zurückzuweisen. Daß in dem Erlaß einer Adresse an und für sich schon eine Ueberschreitung der Kompetenz des Zollparlamentes enthalten gewesen wäre, ist kaum von irgendeiner Seite ernstlich behauptet worden. Stand es dem König von Preußen zu, das Zollparlament mit einer Ansprache zu eröffnen, so stand es dem Parlament frei, die königliche Ansprache zu beantworten. In der That war die Abneigung der Mehrheit nur gegen den Inhalt der von nationalliberaler Seite vorgeschlagenen Adresse gerichtet. Man wollte nicht den politischen Einheitsgedanken an die Spitze der Beratungen des Zollparlamentes gestellt sehen; und nur insofern, als der Adresse ein anderer Inhalt nicht gegeben werden konnte, wenn sie nicht zur bloßen, gänzlich überflüssigen Förmlichkeit werden sollte, war man auch gegen eine Adresse überhaupt. Ob auch der Standpunkt, der es unter der Würde eines Zollparlamentes-Abgeordneten findet, an den König von Preußen, der doch der Zollvereins-Präsident ist, sich zu wenden, im Parlament vertreten war, läßt sich nicht behaupten. Jedenfalls wäre mit einem solchen Standpunkt, der mit gesunder Politik nichts mehr zu thun hat, nicht zu rechnen. Dagegen war allerdings eine andere Ansicht vertreten, welche gleichfalls den Anspruch, eine politische zu sein, schwer wird rechtfertigen können, nämlich die, daß es Pflicht sei, der Debatte sich zu enthalten, wenn von der deutschen Einheit die Rede werden könnte in einem deutschen Parlament, das allerdings nur das Zollparlament ist, das aber doch als solches schon ein Stück der deutschen Einheit, die Zollvereinigung, vertritt. Wer ernstlich nicht sagen will, der hätte auch nicht sagen, der hätte den Rath befolgen müssen, überhaupt an dem ganzen Parlamentswesen sich gar nicht zu betheiligen. Es ist übrigens gut, daß durch den Beschluß der 186 jenes seltsame Vorhaben gar nicht in Frage kam; gut vielleicht auch für diejenigen, die sich damit befassen, da sie dadurch der Probe überhoben waren, wie viele an der wirklich in Ausführung sich betheiligten hätten. — Der Beschluß steht nun fest: es soll der Gedanke der politischen Einigung keinen Zutritt im Parlament haben. Man verdammt den Beschluß der Allianz der altpreussischen Partikularisten, der Junkerpartei, welche sich in die Bismarck'sche Politik, seit sie aus einer preussischen zu einer deutschen geworden ist, nicht mehr zu finden weiß, und der süddeutschen Partikularisten, welche mit dem Gang der neuesten deutschen Geschichte sich nicht ausöhnen wollen, ohne ihn doch hennnen zu können. Ist aber dieser, einer unnatürlichen Allianz entsprungene Beschluß geeignet, das deutsche Einigungswerk selbst in seinem Fortgang zu hindern? Das Ergebnis der süddeutschen Wahlen hatte es schon unmöglich gemacht, daß das Parlament etwa in einem ähnlichen Anlauf über die ihm gegebenen Schranken hinwegstürzte und sich selbst zu dem einsetzte, was es nach dem Willen der Regierungen nicht sein sollte. Man sieht jetzt: dieses Ergebnis hat es auch unmöglich gemacht, dem parlamentarischen Körper durch allmähliges Ausweiten und Stärken eine höhere Bedeutung zu geben. So bleiben nur neue Bahnen der Politik übrig: Die Verträge der Südstaaten mit dem Nordbund selbst zu erneuern, aber immer nur unter der Bedingung, daß, wenn gleiche Rechte gegeben werden, auch gleiche Pflichten übernommen werden müssen; die Vortheile gemeinsamer deutscher Einrichtungen nur denen zu gewähren, die auch an den Lasten des deutschen Staats mittragen, und an der gemeinschaftlichen Verachtung der Gesetze sich betheiligen wollen; sie denen vorzuziehen, die am neuen Deutschland nur die Vortheile mitgenießen, nicht dazu mitthun und daran mittragen wollen. Ob ein Nutzen für den Süden sich herausstellt, wenn er die allmähliche Mittheilung an der politischen Einigung des Nordens ablehnt und die Zeit abwartet, wo er nur noch die Wahl hat, einem schon fertigen Ganzen, ohne auf die Gestalt desselben mit eingewirkt zu haben, sich anzuschließen, sei der Erwägung Derer anheimgegeben, welche den Beschluß vom 7. Mai herbeigeführt haben. Einstweilen bleibt es tröstlich, daß, wenn auch aus dem Zollparlament für den Augenblick nichts Größeres werden soll, doch an diesem Zollparlament selbst, das doch der erste Anfang bleibt, auch die widerstrebensten Süddeutschen in frischer Arbeit mitbetheiligt sind, daß selbst ein Thöngens sich veranlaßt gesehen hat, in Berlin deutscher zu sprechen, als er dies in München bisher zu thun gewohnt war.“

München, 7. Mai. (Fr. Z.) Die Anwesenheit des nordamerikanischen Gesandten, Herrn Bancroft, in unserer Stadt wird, wie sehr bestimmt versichert wird, nicht allein der Ueberreichung seiner Kreditivie bei unserm Hof gelten, sondern auch der Eröffnung von Verhandlungen wegen Abschluß eines Staatsangehörigkeits-Vertrages, wie er vor kurzem mit dem Norddeutschen Bund zu Stand gekommen, zunächst mit Bayern. Wie es heißt, dürfte Hr. Bancroft sich später in ähnlicher Absicht auch nach Stuttgart und Karlsruhe begeben.

Berlin, 7. Mai. (Köln. Ztg.) Die gestrige Sitzung des Zoll-Bundesraths, welcher der Bundeskanzler präsi dirte, währte fast volle vier Stunden und führte zur Erledigung der bedeutendsten Vorlagen für das Zollparlament: der Tabaksteuer und der Tarifreform. Es wurde in Bezug auf die erstgedachte Angelegenheit nach sehr eingehender Debatte und unter dem Widerspruch von Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und Mecklenburg die ursprüngliche Vorlage, jedoch mit der Modifikation angenommen, daß die Steuer für Cigarren mit 20 Thlr. bestehen bleibt, also eine Erhöhung auf 25 Thlr. nicht eintritt. Sodann wurde über die Tarifreform diskutiert, und auch diese nach den Anträgen der Referenten angenommen, welche jedoch die Vorlage formell fast ganz umgestaltet haben, wenn auch das Prinzip derselben beibehalten ist. Es handelt sich jetzt nur noch um die Motive, nach deren Erscheinen die Vorlage an das Zollparlament gelangen wird. Die Eisenzoll-Frage hat den Bundesrath noch nicht beschäftigt. — Es wird an kompetenter Stelle angenommen, daß die Arbeiten des Zollparlamentes in ungefähr drei Wochen, d. h. am Mittwoch oder Donnerstag vor Pfingsten abgewickelt sein und die Plenarsitzungen des Reichstags etwa am 4. Juni wieder beginnen können. — Die freie Zollparlament-Kommission, welche die handelspolitischen Vorlagen zwar auf freihändlerischer Grundlage, jedoch unter Berücksichtigung einzelner Industriezweige beraten will, hat in ihren Vorstand gewählt die Abg. Herzog v. West, Miquel, Eichmann und Marquart Barth (Bayern). Zunächst will man den österreichischen Handelsvertrag diskutieren.

Berlin, 7. Mai. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Die Ablehnung der Adresse war seit den letzten Tagen ziemlich allgemein vorhergesehen worden. Nicht so gewiß schien die Annahme der einfachen Tagesordnung, denn die Fortschrittspartei hatte ja ihrerseits eine motivirte Tagesordnung eingebracht, und man glaubte daher, sie werde jedenfalls gegen die einfache Tagesordnung stimmen. Aber die Abneigung gegen die anderen liberalen Parteien und das Behagen, der national-liberalen Partei eine Niederlage zu bereiten, überwiegt für die Mitglieder der Fortschrittspartei jedes Andere, und so stimmte sie mit den preussischen Konservativen und den süddeutschen Partikularisten aller Schattirungen für die einfache Tagesordnung, was doch Männern wie Löwe (Galbe) und seinen näheren politischen Freunden, wenn sie sich ihrer Stellung von 1848 erinnern, etwas schwer geworden sein mag. Graf Bismarck hat heute geschwiegen. Man will vermuthen, daß, wie sehr die Regierung auch das Einbringen der Adresse für nicht opportun gehalten haben mag, die Annahme der motivirten Tagesordnung Bennigsen-West der Regierung nicht unangenehm gewesen wäre. Wie es sich auch damit verhalten mag, die einfache Tagesordnung ist in Folge der vorhin bezeichneten Koalition mit einer Majorität von 36 Stimmen angenommen worden.

Berlin, 7. Mai. Sitzung des Zollparlamentes vom 7. Mai. Adressdebatte. Zur Ergänzung des gestrigen Berichts, dessen letzter Theil wegen Zeitmangels nur ganz kurz gehalten werden konnte, tragen wir noch Einiges nach.

Abg. Dr. Blunckli (gegen die Tagesordnung): Bestreitet man das Recht zu unserer Adresse, so könnte man eben so gut auch das Recht zur Thronrede bestreiten. (O! O! rechts.) Wir geborchen, indem wir unsern Antrag einbrachten, nur einer patriotischen Pflicht. Die Thronrede ist mehr, als eine bloße Präzisionsrede; als sie gehalten wurde, ist ein Staatsgefühl über uns gekommen, und wenn es sich zunächst auch nur um einen Zollstaat handelt, so leben wir doch der Ueberzeugung, daß der nationale Begriff dieses Staats sich immer mehr ausdehnen und zur Einheit führen wird. Der König hat den nationalen Gedanken ausgesprochen — und da sollten wir, die Vertreter des deutschen Volks, nicht antworten? Das verstehe ich nicht. Und wir aus Süddeutschland haben um so mehr Veranlassung dazu, als wir dem nachzukommen haben, wozu wir hiesigerorts nicht worden sind. (Widerpruch rechts.) Ich kann nicht zugeben, daß wir wesentlich eine große Kommission von Sachverständigen in Zollangelegenheiten seien; unsere Aufgabe ist allerdings, den Zollfachen die größte Aufmerksamkeit zu schenken, aber mehr als drei Viertel der Mitglieder des Zollparlamentes sind Mitglieder des Reichstags und hauptsächlich mit Rücksicht auf politische Dinge gewählt. Im Süden ist es nicht anders. Der meiste ist der Stempel der Sachverständigkeit in Zollsachen nicht aufgedrückt. Bei dieser Thatsache ist es einleuchtend, daß die Form, in der wir uns bewegen, sehr an die Form des Norddeutschen Bundes erinnert, und die süddeutschen Regierungen müßten blind sein, wenn sie nicht sehen wollten, daß diese Form sich sehr erweitern werde. Es ist zwar schon erklärt worden, daß wir nicht gesonnen sind, über die Verträge hinauszugehen; aber das hindert nicht, daß die wirkliche Vertretung des deutschen Volks es anspricht, es gebe für sie einen großen nationalen Gedanken, der die Einheit in Zollsachen herbeigeführt habe. Es wird das eine Klärung der Dinge herbeiführen, die ja auch die Adresse beabsichtigt. Der Hr. Vorredner hat von einem süddeutschen Volk gesprochen; ich kenne ein solches nicht, sondern nur ein deutsches Volk und vier süddeutsche Staaten, von denen jeder zum Norddeutschen Bund eine andere Stellung hat. Hessen befindet sich in einer unhaltbaren Lage; ein Theil von ihm gehört zum Norddeutschen Bund, der andere nicht. Dieser letztere weiß recht wohl, daß das Zollparlament der Ort nicht





